

BÜRGERMEISTERBRIEF GEMEINDE PARNDORF

Mai 2018



Werte Parndorferinnen und Parndorfer!

Der Gemeinderat von Parndorf traf sich am 18. April 2018 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes zur vierten Sitzung des Jahres 2018. In diesem Bürgermeisterbrief informiere ich Sie über die dabei getroffenen Entscheidungen. Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung kann nur eingeschränkt berichtet werden. Im Mittelpunkt der Sitzung standen natürlich die großen Problemfelder "Breitspurbahn" und "dritte Landebahn beim Flughafen Schwechat".

VORANSCHLAG 2018, Stellungnahme Gemeindeaufsicht

Der vom Gemeinderat im Dezember beschlossene Budgetvoranschlag wird an die Gemeindeaufsicht gesendet und muss von ihr freigegeben werden. Diese Freigabe ist nun schriftlich erfolgt, damit kann das Budget in der vorliegenden Form umgesetzt werden.

Der Bürgermeister hat die Stellungnahme dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Eine Abstimmung war nicht erforderlich.

LANDEBAHN FLUGHAFEN SCHWECHAT, Bericht

Schon seit längerer Zeit mehren sich die Anfragen bezüglich der Anzahl und der Höhe der Flugzeuge über unserem Dorf. Daher wurden Vertreter des Flughafens eingeladen, die aktuellen Daten und Pläne in Verbindung mit der dritten Landepiste zu präsentieren. Leider zeigt sich, dass Parndorf sehr wohl stärker betroffen ist. Es wurde zwar behauptet, dass die Ursache für die massiver empfundenen Flugzeuge nur in deren Größe liegt, konkrete Überflugsdaten werden aber erst geliefert. Die Verlängerung der dritten Piste führt direkt (!) durch Bruck und Parndorf. Entlang dieser "Verlängerung" (Leitstrahl) reihen sich die Flugzeuge dann zur Landung an. Durch die dritte Landebahn kommt es daher mit Sicherheit zu einem intensiveren Flugverkehr in unserer Gegend. Die konkrete Verteilung der Flüge und damit die Auswirkungen auf unsere Gemeinde werden erst in weiteren Verhandlungen entschieden. Da es auch die technische Möglichkeit gibt, den Leitstrahl zu biegen und damit die Anzahl der direkten Überflüge zu reduzieren, kann hier eine aktive Teilnahme der Gemeinde am Entscheidungsprozess sehr wichtig sein. Zumindest wurde jetzt einmal zugestanden, dass ein Vertreter von Parndorf zu diesen Besprechungen laufend eingeladen wird.

Der Gemeinderat sprach sich letztendlich **einstimmig** dafür aus, sich und den Verein "ÜbersLeben" im Kampf gegen die dritte Piste <u>von einem Rechtsanwalt vertreten</u> zu lassen. Eine Verhinderung der Piste wird kaum zu erreichen sein. In erster Linie geht es hier aber darum, aufzuzeigen, damit dann in der späteren Phase der Flugzuteilungen unser Wort mehr Gewicht bekommt.

· BREITSPURBAHN, Verladeterminal, Bericht

Nach der Information in der letzten Gemeinderatssitzung wurden mittlerweile die Proteste gegen den geplanten "Monsterverladebahnhof" gestartet. Von Seiten der Gemeinde wurden alle umliegenden Gemeinden von dieser Problematik informiert, da es sich ja eindeutig um ein regionales Problem handelt. Belastungen durch Lärm, Verkehr, Abgase und Feinstaub machen keinen Halt vor Hottergrenzen. Mittlerweile haben uns schon mehrere Gemeinden die Rückmeldung gegeben, dass sie unseren Kampf unterstützen. Es geht daher vorerst um Vernetzung, um dann gemeinsame Aktionen starten zu können.

Verstärkt wurde auch die Pressearbeit, um das Thema allen bewusst zu machen. Der ORF hat einen sehr guten Bericht gebracht, ebenso verschiedene Tageszeitungen und Regionalzeitungen. Natürlich wird auch versucht, über die neuen Medien wie Internet, facebook und Homepage das Thema vor allem auch an die jüngere Bevölkerung heranzuführen. Da die Realisierung des Bahnhofes frühestens 2033 erfolgen soll, ist es gerade die heutige jüngere Generation, die dann verstärkt betroffen sein wird. Das Thema ist jetzt einmal in aller Munde, und damit ist die Basis für einen breiten und massiven Widerstand geschaffen.

BÜRGERMEISTERBRIEF



GEMEINDE PARNDORF

Leider gibt es nicht nur positive Informationen: Es wurden Unterlagen gesichtet, die leider noch schlimmer sind, wie wir befürchtet haben. In diesen aktuellen Plänen wird von einem Bahngleis zwischen Neudorf und Parndorf ausgegangen, dass dann direkt über unseren Antoniweg und Schanzweg führt: südlich von der Autobahn A6, im Bereich des Antonikreuzes und damit ganz nah am Wohngebiet. Der weitere mögliche Verlauf ist auch schockierend. Das Gleis würde dann sehr scharf nach Süden in Richtung unserer Gemeinde abbiegen und dann nur wenige hundert Meter entfernt von der Bruckerstraße die Bundesstraße kreuzen. Dort könnte dann in das bestehende Bahngleis eingeleitet werden.

Wohl ebenso bedrohlich ist ein ASFINAG-Bericht zu diesem Projekt. Obwohl die Vertreter der ÖBB im Gespräch keine Zahlen bezüglich der Verkehrsbelastung gekannt haben, sind diese im Bericht der ASFINAG für die ÖBB in aller Deutlichkeit enthalten. Derzeit ist auf der A4 eine tägliche LKW-Belastung von 5.000 Fahrzeugen gegeben. Durch den Verladebahnhof wird mit einem zusätzlichen täglichen LKW-Verkehr von 4.500 Fahrzeugen gerechnet. Dies stellt fast eine Verdoppelung dar. Zusätzlich wird bei Beginn von rund 3.000 zusätzlichen Fahrzeugen des Personals ausgegangen. Nach dem Start wird mit einer Gesamtsteigerung von 7.500 Fahrzeugen gerechnet, später dann 10.000 Fahrzeugen täglich mehr! Wer die heutige Situation auf der A4 kennt, kann mit Gewissheit sagen, dass diese zusätzliche Belastung nur mit zumindest einer vierten Spur zu bewältigen ist.

Fazit: Dieses Projekt bedroht unsere Lebensqualität und Gesundheit in einem unvorstellbar großen Ausmaß. Mit der Zerstörung unseres Erholungsraumes im Norden der Gemeinde würde die letzte verbleibende Grünzone verschwinden. Unser Parndorf wäre nicht mehr jenes Dorf, das wir heute kennen. Genau deswegen müssen wir gegen diesen Verladebahnhof ankämpfen. Ohne Widmung der Gemeinde wird es praktisch unmöglich, Betriebsgebiet anzusiedeln. Auch im Sinne des Naturschutzes bieten sich viele Möglichkeiten. Wir werden jede Chance nützen, um dieses Projekt gemeinsam zu verhindern.

HAUSGÄRTEN, Parzellierung

Die "Hausgärten" liegen hinter der Hauptstraße im Bereich zwischen Bruckerstraße und Feldgasse. Schon seit vielen Jahrzehnten ist das Gebiet als Aufschließungswohngebiet gewidmet. Es hat jetzt aber ca. 15 Jahre gedauert, bis sich die Grundstücksbesitzer über eine Parzellierung einigen konnten. Dies ist nun erfolgt, der Parzellierungsplan lag dem Gemeinderat vor. Sehr wichtig ist dabei die Festlegung, dass es sich ganz klar um Grundstücke für Einfamilienhäuser handelt und die Bebauungsrichtlinien auch so gestaltet werden. Die Kosten für die Aufschließung werden von den Besitzern getragen.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig dem Parzellierungsplan für die "Hausgärten" zuzustimmen.

WINDPARKS, Verträge

- a) ÖKO WIND, Erneuerbare Energieerzeugungs GmbH, "Neudorf III"
- b) ENERGIE BURGENLAND Windkraft GmbH, Repowering "Heidehof"

Beim Punkt a) handelt es sich nur um ein zusätzliches Windrad, welches im bestehenden Windpark "Neudorf III" errichtet werden soll. Vereinbart wurde eine Einmalzahlung, die sich nach dem Fördertarif richtet: sollte dieser Tarif unter 8 c/kWh stehen, so wurden € 200.000,-- vereinbart. Im Falle eines höheren Tarifs soll die Gemeinde € 240.000,-- erhalten. Das Windrad soll 2020 - 2022 errichtet werden.

Punkt b) Für den Windpark "Heidehof" gibt es einen zwischen Gemeinderat und Betreiber abgeschlossenen Vertrag. Abzuklären war von der Arbeitsgruppe des Gemeinderates lediglich die Höhe der durch das Repowering neu zu beschließenden Zahlung der ENERGIE BURGENLAND an die Gemeinde PARNDORF. Der im Vertrag vereinbarte Betrag erhöht sich um 13,53 %. Somit wird PARNDORF voraussichtlich ab 2021 statt bisher € 74.000,- (für 25 Räder) jährlich über €304.000,- (für 15 Räder) aus diesem Vertrag erhalten. Der Gemeinderat stimmte beiden Verträgen einstimmig zu.

INITIATIVE gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken

Der eingebrachte Antrag gegen den weiteren Ausbau der Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern fand natürlich breite Zustimmung im Gemeinderat. Kein vernünftiger Mensch in unserer Region ist mit den Atomkraftanlagen in geringer Entfernung einverstanden. Im Antrag wird die österreichische Bundesregierung aufgefordert, aus jenen Verträgen innerhalb der EU auszusteigen, welche diesen Ausbau der Atomkraft noch fördern. Bei dem Antrag handelt es sich natürlich um eine breitere Initiative, welche von vielen Gemeinden getragen werden soll. Die Initiative wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.





